

ROTER HAHN

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

AUSGABE 107

JANUAR 2022



Liebe Leserin, lieber Leser,

man kann sicher darüber diskutieren, ob es angesichts der erklärten Zustimmung von SPD, Grünen, FDP und zuletzt sogar der Union für die dadurch absehbare Wiederwahl von Frank-Walter Steinmeier als Bundespräsidenten sinnvoll ist, einen eigenen Kandidaten der LINKEN aufzustellen. Wir haben uns dennoch dafür entschieden, weil es aus unserer Sicht in der Bundesversammlung durchaus eine demokratische Alternative geben sollte und der 65-jährige Dr. Gerhard Trabert sich auch

bei seiner Vorstellung in der Bundestagsfraktion als überzeugende Persönlichkeit mit klarem inhaltlichen Profil präsentiert hat.

Gerhard Trabert aus Mainz ist parteiloser Allgemein- und Notfallmediziner, Professor für Sozialmedizin und Autor. Er wurde bekannt als „Arzt der Armen“. Mit seinem Verein „Armut und Gesundheit in Deutschland“ und seiner „Ambulanz ohne Grenzen“ versorgt er obdachlose und nicht krankenversicherte Menschen, und er engagiert sich auch in der Seenotrettung von Geflüchteten. Bei der Bundestagswahl erzielte er als Direktkandidat für DIE LINKE mit 12,7 Prozent das beste Erststimmenergebnis in Westdeutschland. Auch meine Stimme als Mitglied der Bundesversammlung am 13.2. wird er bekommen. Leider ist ein Ende der Corona-Pandemie nicht wirklich absehbar, durch die Omikron-Variante werden die Fall-Zahlen wohl noch deutlich steigen.

Ich bin gespannt, was die Scholz-Regierung im Bundestag zum Thema „Allgemeine Impfpflicht“ als Gesetzentwurf vorlegen wird, meint
Ihr/Euer

Neues aus dem Bundestag

Drei Tage debattierte der Bundestag in dieser Woche die inhaltlichen Schwerpunkte der neuen Bundesregierung. 90 Minuten davon waren am 12. Januar für den Bereich des Bundesinnenministeriums reserviert. Der Sport spielte in der ersten Bundestags-Rede von Bundesministerin Nancy Faeser (SPD) leider keine Rolle. Ein Grund für den sportpolitischen Sprecher der LINKEN, André Hahn, mittels [Kurzzintervention](#) zu fragen, was das auch für Sport zuständige Ministerium in diesem Bereich vorhat.

Obwohl der Sport eine bedeutende Rolle in der Gesellschaft hat, war er bislang in der Bundespolitik immer wieder nur ein Nischenthema, und dies scheint sich auch in der neuen Wahlperiode so fortzusetzen. Wegen dieser Plenardebatte tagte der Sportausschuss am Mittwoch nur 30 Minuten, gerade mal Zeit, um Phillip Krämer (Grüne) als stellv. Ausschussvorsitzenden zu wählen und über Verfahrensfragen zu sprechen. Der Antrag von André Hahn, dass der Ausschuss künftig in der Regel öffentlich tagen solle, wurde von den Koalitionsfraktionen und der CDU/CSU abgelehnt. Allerdings stellte die Ampel-Koalition in Aussicht, durch Änderungen der Geschäftsordnung bald mehr Öffentlichkeit bei Ausschusssitzungen zu ermöglichen. Abgesetzt wurde die ursprünglich für den 13. Januar geplante Wahl des Parlamentarischen Kontrollgremiums für die Geheimdienste, da es hier innerhalb der Koalition offenbar noch personellen Klärungsbedarf gibt. Diese Wahl, bei der André Hahn für DIE LINKE erneut kandidiert, soll nun wohl am 27. Januar stattfinden.

**TERMINE MIT
ANDRÉ HAHN**
(Auswahl)
*

15.01., 10:00-11:30 Uhr
Politischer Jahres-
auftakt DIE LINKE
[\(Livestream\)](#)
*

20.-21.01.
Klausur der Bundes-
tagstraktion DIE LINKE
*

24.01.-28.01.
Sitzungswoche
im Bundestag
*

02.02., 16:30-18:00 Uhr
Telefonische Bürger-
sprechstunde
WKB Pirna
*

02.02., 18:30-20:00 Uhr
„Sport in Corona-
Zeiten“
Online-Meeting mit
André Hahn & Christi-
an Dahms, Generalsek-
retär des Landessport-
bundes Sachsen
*

07.02., 17:00 Uhr
Kreistags Sitzung SOE
Pirna
*

13.02.
Bundesversammlung
(Wahl des Bundes-
präsidenten)
Bundestag, Berlin
*



Umgang mit deutschen Kriegsgräberstätten ist beschämend

Beschämend ist für André Hahn die Bilanz der Regierung Merkel hinsichtlich des Umgangs mit deutschen Kriegsgräberstätten. Und die Antwort der Ampel-Regierung auf die Kleine Anfrage der LINKEN zur Öffentlichen Finanzierung der Grabespflege von NS-Verbrechern ([Drs. 20/342](#)) lässt leider Schlimmes befürchten.



Ganze 14 von über 490 deutschen Kriegsgräberstätten mit Kriegstoten aus dem 2. Weltkrieg im Ausland wurden bisher mit erläuternden Elementen ergänzt und zu Lernorten entwickelt mit dem Ziel „wissenschaftliche Erkenntnisse, biographische Forschung und Gedenkarbeit miteinander verzahnt zu präsentieren“, darunter lediglich je eine Kriegsgräberstätte in Russland sowie der Ukraine und keine einzige in Belarus oder in Polen, obwohl gerade in diesen Ländern die meisten Kriegshandlungen und eben auch NS-Verbrechen stattfanden.

Rund 500.000 Euro hat der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Volksbund) seit 2018 pro Jahr an Zuwendungen vom Bund erhalten. Dass dies nicht reicht, wird u.a. deutlich in der Antwort auf Frage 6, nach der der Volksbund auf Grund fehlender finanzieller Mittel nicht in der Lage ist, erklärende Hinweise z.B. zu den Verbrechen des SS-Sturmbannführers Adam Grunewald auf der Kriegsgräberstätte im ungarischen Veszprem anzubringen. Auch für die Schaffung weiterer Lernorte gibt es noch keine „weiteren zeitlichen oder finanziellen Planungen“ (Frage 16).

Lernorte an den rund 12.000 Kriegsgräberstätten im Inland sind überhaupt nicht vorgesehen, da „hieraus eine plötzliche, erhöhte Aufmerksamkeit auf ein bestimmtes Grab hervorgerufen werden könnte“ (Frage 5).

Bereits in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der LINKEN vom 22.05.2019 ([Drucksache 19/10407](#)) wurde sichtbar, dass die Bundesregierung auch 75 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges nicht bereit ist, das Gräbergesetz zu novellieren und die öffentliche Förderung deutscher Kriegsgräberstätten auf den Prüfstand zu stellen.

(Foto von der deutschen Kriegsgräberstätte Rossoschka bei Wolgograd)

Parlamentarisches Kontrollgremium legt Bericht vor

Maßgeblich geprägt war die Tätigkeit des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) zur Kontrolle der Geheimdienste von der Beschäftigung mit dem Bereich Rechtsextremismus. Behandelt wurden der antisemitische Anschlag in Halle, die zunehmende Bedrohung durch die Prepper- und Reichsbürgerzene sowie die rechtsextremistischen Aktivitäten in privaten Sicherheitsfirmen und Vereinen wie Asgaard oder Uniter, und auch die alarmierenden Vorkommnisse beim Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr und in anderen Sicherheitsbehörden, einschließlich zahlreicher Waffen-, Munitions- und Sprengstoff-Funde. Nachdem Rechtsextremisten in den Sicherheitsbehörden von Seiten der Bundesregierung lange Zeit als Einzelfälle verharmlost wurden, gelang es durch beständiges Nachhaken, auf die strukturellen Hintergründe aufmerksam zu machen. Das ist durchaus ein kleiner Erfolg, erklärt André Hahn, für DIE LINKE Mitglied des PKGr, zum jetzt erschienenen Kontrollbericht für den Zeitraum Oktober 2019 bis 2021 ([Drs. 20/310](#)).

IN KÜRZE

Dass die Geheimdienstpolitik des Bundes nicht grundlegend reformiert, sondern lediglich kosmetischen Korrekturen unterworfen werden soll, war bereits dem Koalitionsvertrag zu entnehmen. Kontinuitäten zeigen sich auch in der Beantwortung der [Anfrage](#) von André Hahn zur rechtskonformen Ausgestaltung der anlasslosen Massenüberwachung nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) vom 25. Mai 2021.

*

14 Bundestagsabgeordnete von Linken, SPD und Grünen, darunter auch André Hahn, haben in einem [Brief an US-Präsident Joe Biden](#) die Schließung des seit 20 Jahren bestehenden US-Gefangenenlagers Guantánamo gefordert.

*

Für Katja Kipping, die in Berlin am 21. Dezember 2021 die Aufgabe der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales übernommen hat, ist Clara Büniger als Abgeordnete in den Bundestag nachgerückt. Die ausgebildete Volljuristin kandidierte bei der Bundestagswahl 2021 auf dem fünften Platz der sächsischen Landesliste und als Direktkandidatin im Wahlkreis 164 (Erzgebirgskreis I).

André Hahn
bei Facebook



Impressum/Kontakt

Büro Dr. André Hahn, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 227 75777
Mail: andre.hahn@bundestag.de

Wahlkreisbüro Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Lauterbachstr. 4, 01796 Pirna
Tel.: 03501 5710090
Mail: andre.hahn.ma03@bundestag.de

Redaktionsschluss: 14.01.2022
Redaktion: André Nowak

Portraitfoto Seite 1: DBT Stella von Salden